



Info-Mail der Apothekerkammer Bremen

**An alle
Apotheken und Mitglieder
der Apothekerkammer Bremen**

Bremen, den 8. November 2023

INFO-Mail 2023 Nr. 40

- 1) Pressemitteilung des Bremer Apothekerverband zum Protesttag: Apotheker beteiligen sich an Protesten und Demonstration in Hannover**
Zahlreiche Bremer Apotheken bleiben am 8. November geschlossen

Bremen – Die Apotheker in Bremen und Bremerhaven schlagen wieder Alarm. Ihre Sorge: Apotheken vor Ort werden systematisch kaputtgespart. Die bewährten Versorgungsstrukturen sind in Frage gestellt. Am Mittwoch, 8. November, sammelt sich daher der Protest der Apotheker aus dem norddeutschen Raum ab 12 Uhr in Hannover. Apotheken in Bremen bleiben an diesem Tag geschlossen. Die Arzneimittelversorgung wird über die Notdienstapotheken aufrechterhalten.

Christiane Lutter, Vorsitzende des Bremer Apothekerverbands, erklärt: „Ein weiterer Winter mit massiven Arzneimittel-Lieferengpässen liegt vor uns. Schon jetzt sind Hunderte von Medikamenten nicht lieferbar. Unsere Teams in den Apotheken leisten täglich und unermüdlich Außerordentliches, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Aber wir stoßen an unsere Grenzen. Wie lang soll das noch so weitergehen?“ Die Apotheker stehen vor dieser und anderen gewaltigen Herausforderungen, die den gesamten Berufsstand bedrohen.

Zahl der Apotheken sinkt bereits

Seit 2010 haben im Land Bremen 49 Apotheken geschlossen, davon neun in Bremerhaven und fünf in Bremen-Nord. Aus Sicht des Verbandes gefährdet Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit seinem Sparkurs das noch funktionierende Apothekennetz immer mehr. Dabei ist rund ein Drittel der Apotheken bereits jetzt in der Existenz bedroht: Der für Apotheken überlebenswichtige Festzuschlag wurde seit fast 11 Jahren nicht mehr erhöht. Trotz des Einsatzes der Apotheken in der Pandemie ist

**KEINE
BER_TUNG
OHNE**

Bundesgesundheitsminister Lauterbach ist auf dem Weg, das jetzige Apotheken-System zu zerstören. Zudem werden Apotheken kaputtgespart. Das kann nicht im Sinne unserer Patientinnen und Patienten sein – deshalb protestieren wir auch für Sie.

**AM . NOVEMBER 2023
BLEIBT UNSERE
APOTHEKE GESCHLOSSEN**

Mehr Informationen:
www.abda.de

Ohne  keine sichere Versorgung

das Honorar zuletzt sogar gekürzt worden. Gleichzeitig stiegen die Betriebskosten im Schnitt in den letzten 10 Jahren um fast 60 Prozent. Die Vorsitzende weiter: „Wir fordern vor diesem Hintergrund eine deutliche Honorarerhöhung für das Apothekennetz.“

Bedeutung der Apotheke vor Ort ist Teil der Daseinsvorsorge

Die pharmazeutischen Dienstleistungen, die Nacht- und Notdienste, die Herstellung von Arzneimitteln, die Botendienste sowie die Impfungen in der Apotheke vor Ort sind Beispiele dafür, wie wichtig die Apotheken als wohnortnahe Anlaufstelle für die Menschen sind. Lutter kritisiert: „Nach aktuellen Plänen des Gesundheitsministers sollen viele dieser Leistungen wegfallen. Es soll alternative Angebote geben, in denen keine Apotheker arbeiten müssen, die keine Nachtdienste anbieten und auch keine Fiebersäfte herstellen. Das sind keine Apotheken mehr! So ein Weg kann nicht die Lösung sein!“ Es entstünde in der Arzneimittelversorgung ein Zwei-Klassen-System mit voll ausgestatteten Apotheken und einfachen Abgabestellen.

Apotheken schließen

Der Apothekerverband erwartet, dass am 8. November wie bereits im Juni dieses Jahres fast alle Apotheken geschlossen sind. „Wir hoffen auf Unterstützung und Verständnis aus der Bevölkerung. Gerade in der Pandemie hat sich für viele Menschen gezeigt, welche bedeutende Rolle die Apotheke vor Ort spielt. Wenn es auch in Zukunft eine wohnortnahe Versorgung und regelhafte Notdienste geben soll, dann muss sich an den Rahmenbedingungen grundlegend etwas ändern“, so die Vorsitzende abschließend.

2) Overwiening: Länder enttarnen Seifenblasenpolitik von Minister Lauterbach

Berlin, 7.11.2023: Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich am gestrigen Montag unter anderem mit der Arzneimittelversorgung durch die Apotheken vor Ort beschäftigt. Die Regierungschefinnen und -chefs haben in einem Beschluss deutlich gemacht, dass aus ihrer Sicht die "Wohnortnähe" unbedingt erforderlich ist für die sichere und zuverlässige Arzneimittelversorgung.

Und weiter heißt es in dem Beschluss: "Die inhabergeführte Apotheke vor Ort als wesentlicher Teil des Mittelstands versorgt die Bevölkerung zuverlässig und niederschwellig mit Arzneimitteln und leistet einen wertvollen Beitrag bei der angespannten Arzneimittelversorgungslage. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, gemeinsam mit den Beteiligten sowie den Ländern notwendige Regelungen, insbesondere im Hinblick auf eine auskömmliche Vergütung sowie im Hinblick auf die notwendige regulatorische Flexibilität im Kontext der andauernden Lieferengpässe, zu treffen, um die inhabergeführte Apotheke in ihrer jetzigen Form dauerhaft in der Fläche zu erhalten und eine bestmögliche Arzneimittelversorgung im Kontext der Lieferengpässe sicherzustellen."

ABDA-Präsidentin Gabriele Regina Overwiening begrüßt diesen Länderbeschluss. "Die Bundesländer haben sich in den vergangenen Monaten mehrfach schützend vor die inhabergeführte Apotheke gestellt. Erst im Mai hatten sie gefordert, dass die Apotheken mit Blick auf die Lieferengpass-Krise mehr Flexibilität und eine angemessene Honorierung benötigen. Die Bundesregierung hat beides nicht umgesetzt: Obwohl Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in Interviews gerne stolz über Erleichterungen für Apotheken spricht – beispielsweise bei der Abgabe von Kinderarzneimitteln – ist genau das Gegenteil passiert. Durch neue, überkomplexe und bürokratische Regelungen ist es den Apotheken de facto nicht möglich, bei Nicht-Verfügbarkeit eines Kinderarzneimittels eine andere Darreichungsform abzugeben oder selbst ein Arzneimittel herzustellen. Und auch die Forderungen der Länder hinsichtlich der Apothekenvergütung zeigen noch keine Wirkung: Anstatt das Apothekennetz wirtschaftlich zu stabilisieren und somit einen weiteren Sinkflug der Apothekenzahl entgegenzuwirken, hat die Ampel das Honorar zuletzt sogar gekürzt."

Overwiening weiter: "Dass die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten die Bundesregierung nun zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres auf die Unverzichtbarkeit der Apotheken vor Ort hinweisen müssen, zeigt ja, dass hinter der Seifenblasenpolitik von Minister Lauterbach keine Inhalte stecken, die die Arzneimittelversorgung über unsere Apotheken nachhaltig sichern. Jüngstes Beispiel ist der Plan des Ministers, die Apothekenstruktur durch Scheinapotheken zu zerstören. Während Herr Lauterbach mehrfach öffentlich bekundet hat, dass es mit ihm keine Leistungskürzungen geben werde, plant er nun Apotheken, in denen es keine Notdienste und keine Rezepturen mehr geben soll. Selbst Apotheken ohne Apothekerinnen und Apotheker soll es geben."

Die ABDA-Präsidentin weist erneut auch auf die wirtschaftliche Bedeutung der Apotheken hin: "Es ist schön, dass wenigstens die Bundesländer die Rolle der inhabergeführten Apotheken in unserer Gesellschaft verstanden haben. Als freie Heilberuflerinnen und Heilberufler bieten die Apothekeninhaberinnen und -Inhaber rund 160.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Fallen immer mehr Apotheken weg, fällt nicht nur ein Teil der Versorgung weg, sondern auch Tausende wohnortnahe Arbeitsplätze. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung diesen erneuten Warnschuss aus den Ländern wahrnimmt und die Apotheken nun endlich stabilisiert. In unserem Protestmonat November werden wir daher weiter für den Erhalt dieses Systems kämpfen – in allen Regionen Deutschlands wird es daher zu jeweils eintägigen Apothekenschließungen und Kundgebungen kommen."

3) Overwiening stimmt Apothekenteams auf Protestmonat ein



Berlin, 7.11.2023: Gabriele Regina Overwiening stimmt die Apothekenteams in einer [aktuellen Videobotschaft](#) auf den Protestmonat November ein. "In den kommenden Wochen braucht die Apothekerschaft erneut die unbedingte Geschlossenheit. Wir wollen protestieren, damit wir und unsere Sorge um die Arzneimittelversorgung wahrgenommen werden. Das gelingt nur, wenn der gesamte Berufsstand erneut geschlossen zusammenhält!", so die ABDA-Präsidentin.

"Große Sorgen machen uns die Bewältigung der zunehmenden Lieferengpässe, die sinkenden Betriebsergebnisse, das seit Jahren stagnierende apothekerliche Honorar bei davongaloppierenden Kosten, die fehlende politische Unterstützung für interprofessionelle Zusammenarbeit vor Ort und nun

auch noch eine als Reform getarnte Entwertung und Zerstörung des Apothekennetzes, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach plant", fügte Overwiening hinzu.

Aus diesen Gründen sei es unbedingt nötig, dass die Apothekerschaft alles daransetze, die "Seifenblasenpolitik" von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu enttarnen und dem Parlament als auch der Öffentlichkeit die Augen zu öffnen. Gerade in den kommenden Wochen werde es wichtig sein, der Politik unsere größtmögliche Geschlossenheit zu zeigen.

Overwiening kündigte an, dass die ABDA die politische Kommunikation in den kommenden Wochen weiter intensivieren wird. "Beispielsweise sind wir auf den Parteitag der Grünen und der SPD mit starker Besetzung vertreten. Ich selbst führe in diesen Tagen zahlreiche Gespräche mit Parlamentariern, um die Bundestagsabgeordneten schon einmal auf die grob fehlerhaften Annahmen und fahrlässigen Pläne aus dem Ministerium vorzubereiten", sagte die ABDA-Präsidentin. Außerdem werde sie noch in dieser Woche an einem Kommunalkongress der SPD teilnehmen, um insbesondere den SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politikern zu zeigen, dass ein Sozialdemokrat dabei sei, die Strukturen, die die Arzneimittelversorgung vor Ort sichern, zu zerstören.

Mit freundlichen Grüßen,

APOTHEKERKAMMER BREMEN



Dr. Isabel Justus